

Sächsische Zeitung

1911. Nr. 82.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 204.

Abgabe für Halle a. S. 2.00 M. durch die Post bezogen 2 M. für das Vierteljahr. Die halbjährliche Abgabe beträgt 4.00 M. — Druckerei: Druckerei des Verlegers, Halle a. S., Poststraße 17/18.

Zweite Ausgabe

Abgabe für Berlin 1.00 M. durch die Post bezogen 1.10 M. für das Vierteljahr. Die halbjährliche Abgabe beträgt 2.20 M. — Druckerei: Druckerei des Verlegers, Berlin, Unter den Linden 100.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Poststraße 17, Hinterhaus. Eing. Nr. 20. Telephon 1585. Telephon 1572. Telephon 1573. Telephon 1574. Telephon 1575. Telephon 1576. Telephon 1577. Telephon 1578. Telephon 1579. Telephon 1580. Telephon 1581. Telephon 1582. Telephon 1583. Telephon 1584. Telephon 1585. Telephon 1586. Telephon 1587. Telephon 1588. Telephon 1589. Telephon 1590. Telephon 1591. Telephon 1592. Telephon 1593. Telephon 1594. Telephon 1595. Telephon 1596. Telephon 1597. Telephon 1598. Telephon 1599. Telephon 1600.

Freitag, 17. Februar 1911.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernauerstraße 30. Eing. Nr. 11. Telephon 1111. Telephon 1112. Telephon 1113. Telephon 1114. Telephon 1115. Telephon 1116. Telephon 1117. Telephon 1118. Telephon 1119. Telephon 1120. Telephon 1121. Telephon 1122. Telephon 1123. Telephon 1124. Telephon 1125. Telephon 1126. Telephon 1127. Telephon 1128. Telephon 1129. Telephon 1130.

Unter der Maske.

Die Sozialdemokratie ist augenblicklich ungemein zahlreich. Ihre Presse verfährt mit erster Mühe, daß die „Genossen“ gar nicht daran denken, gegen die Gesetzgebung zu verfahren, oder gar gewalttätig zu sein. Die Sozi sind — das muß nun endlich auch den Schärferen einleuchten — die harmlosesten und friedfertigsten Leute der Welt. Und auch vor treffliche Patrioten sind sie. Erst in diesen Tagen hat in der Budgetkommission ein sozialdemokratisches Mitglied erklärt, daß kein Sozialdemokrat je sein Pflicht als Vaterlandsverteidiger veräußern würde, wenn es gelten sollte, feindliche Angriffe gegen das Deutsche Reich abzuwehren. Es hat Seiten gegeben, wo selbst Weibel seine Karte zur Verteidigung des Vaterlandes die Hüfte auf den Boden zu legen. Aber nicht lange darauf hat er mit derselben Leidenschaft, nur etwas glaubwürdiger, ausgesprochen, sobald der Tag der Waffenaktion gekommen sei, werde er mit an der Spitze marschieren. Und als dann „Genosse“ Moske im Reichstage das Weibliche Wort von der Pflicht auf dem Boden wiederholte, wurde er von der Sozialistenspreffe und von Parteiverfammlungen so glänzend begrüßt, daß er schließlich Entschuldigungen formelte und Besserung gelobte, um nicht hinauszufliegen zu müssen.

Seute ist die ganze Sozialdemokratie — Neufünftler und Weibliche — in einem wahren Zauber von Friedfertigkeit und Gesinnung. Das Wort Revolutionär klingt in „Genossen“ kaum noch auszusprechen. Und den Gedanken an den politischen Waffentritt weist er weit von sich. Revolutionäre sind die Sozialdemokraten? Frechheit! Das ist ja im Reichstage öffentlich namens der sozialdemokratischen Fraktion erklärt worden. Was das ist alles nur grüne Theorie. Kein „Genosse“ hat jemals ernsthaft darauf getrieben, solche Forderungen in die Praxis zu überführen. Das verdrängen — natürlich auf das glaubwürdigste — die klüger bekannten Sozialdemokraten. Und als zuverlässige Zeugen treten die Fortschrittler für die Nichtigkeit dieser sozialdemokratischen Aussagen ein.

Sie erörtern einander in die Hände, die Fortschrittler und die Sozialdemokraten. Sie sind ja auch aufeinander angezogen bei den bevorstehenden Reichstagswahlen. Wenn aber die Sozialdemokratie sich so zeigt, wie sie wirklich ist: nämlich revolutionär, vaterlandslos und gewalttätig — wie soll dann die fortschrittliche Volkspartei ihre Wähler für sozialdemokratische Kandidaten an die Urne bringen? Und diese unbedingte Gleichwohlspflicht gegen bürgerliche Manneswerbende ist ja die Voraussetzung sozialdemokratischer Wahlunterstützung für die Fortschrittler. Wo darf sich aus wahlrechtlichen Gründen die Sozialdemokratie bis nach den Wahlen nicht gehalten, ohne biedermeierliche Maske auszugeben. Und die Fortschrittler haben das größte Interesse daran, ihren Anhang weiszumachen, daß diese schöne Maske das wahre angehende Gesicht der lieblichen Sozialdemokratie darstelle.

Und das stolze liberale Bürgeramt kenne diesen Schwindel zu glauben. Oder es hat wenigstens so, um seinen feinen Voratz, der Sozialdemokratie möglichst zahlreiche bürgerliche — oder vielmehr reaktionäre — Mandate auszusprechen, vor sich selbst und vor dem Lande rechtfertigen zu können. Die Liberalen haben es sich nicht vorgenommen, die Prophezeiung des Mod-Reichstagslers von einem roten Pöbelwut wahrzudenken zu lassen. Und ihren Willen möchten sie durchsetzen, es auch sie selbst dabei den größten Schaden nehmen müßten. Wenn dabei nicht nur das ganze Vaterland Schaden litte. Auch darum kümmern die Liberalen sich nicht. Ihr Streben, die Reaktionäre — oder um es vorläufig auszudrücken: die Junker und die Pfaffen — von ihrer Höhe hinunterzuführen und (da es nicht möglich ist, sich selbst an deren Stelle zu setzen) die Sozialdemokratie hinaufzubringen, geht ihnen über alles. Aber der Sozi und die Liebe macht blind. Der Sozi gegen die Rechte und die Liebe zu den Sozials! Und darum werden die Liberalen und die unter diesen Sozials! und Reichstagsleiter der Wähler berechnen. Die sozialdemokratische Maske wird die Wähler nicht lange täuschen. Den „Genossen“ selbst wird darunter bald unbehaglich werden. Man wird ihnen aber auch so heiß machen, daß sie die dröhnende Maske nicht nur lästern, sondern ablegen. Dann aber wird man nicht nur das wahre offenkundige Gesicht der Sozialdemokratie, sondern auch das wahre Wesen ihrer fortschrittlichen Selbsterheuer deutlich erkennen.

Industrie und Landwirtschaft.

Der erste Gegenstand der gestrigen Tagesordnung der Plenarversammlung des Deutschen Landwirtschaftsrates betraf die Wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der deutschen Industrie und Landwirtschaft. Hierzu waren mehrere Berichterstatter bestellt. Der erste von ihnen, Steinmann, Bucher (Berlin), las seine Darlegungen in folgenden Zeilen zusammen:

„Der Inhalt des wirtschaftlichen Lebens der Kulturvölker bildet in erster Linie der Warenaustausch. Dem inter-

nationalen Warenaustausch kommt infolgedessen nur eine dem Warenaustausch untergeordnete Bedeutung zu. Je kraftvoller und fruchtbarer sich das wirtschaftliche Innenleben eines Volkes gestaltet, um so günstiger Bedingungen schafft es sich für den Kampf auf dem Weltmarkt, und um so aufnahmefähiger wird es gleichzeitig für Erzeugnisse anderer Länder. Eine hohemwichtige Güterzeugung für den eigenen Markt ist die beste Gewähr für die Ausdehnung der auswärtigen Handelsbeziehungen. Der Fortschritt aller Völker zu innerlich harmonisch ausgebildeten Wirtschaftsgebieten wird also den Weltfrieden nicht untergraben, sondern ist immer reichlicher gestaltet. Bei dem fortschreitenden Ausbau der inneren Wirtschaft der Kulturvölker wird sich die Güterausdehnung immer mehr den hohemwertigen Produktionsgebieten zuwenden, während der internationale Austausch (Landwirtschaftlicher Erzeugnisse) infolge der zunehmenden Bevölkerung, der hiermit verbundenen Steigerung des Bedarfs und der natürlichen Vernetzung der Landwirtschaftlich benutzbaren Bodenflächen immer mehr eingeschränkt wird.

Diese Entwicklung führt mit Notwendigkeit zu einer immer engeren Interessengemeinschaft zwischen Industrie und Landwirtschaft in allen Ländern, weil einerseits die Industriebekämpfung für ihre Ernährung immer mehr auf die Erzeugnisse der einheimischen Landwirtschaft angewiesen ist, während andererseits der Landwirtschaft die Aufgabe erwächst, für den ganzen Bedarf der Bevölkerung an Brotgetreide und Fleischgewinnung aufkommen. Auch diejenigen Länder, die heute noch Ausfuhrländer von Agrarproduktionsgebieten sind, werden sich immer mehr auf die Versorgung des einheimischen Bedarfs zurückziehen müssen. Der harmonisch entwickelte Industrie- und Agrarwirtschaft muß daher das gemeinschaftliche Ziel von Industrie und Landwirtschaft sein. Aber nicht nur Industrie und Landwirtschaft, auch alle übrigen Berufe und nicht nur die selbständige Gewerbetätigen, sondern auch die Angestellten und Arbeiter müssen in ihrer wirtschaftlich-politischen Betätigung auf dieses Ziel gerichtet werden.

Industrie und Landwirtschaft besaß ihre Interessengruppen. Diese sollten es sich zur gemeinschaftlichen Aufgabe machen, ihre eigenen, aber auch weitere Kreise über ihre Zusammengehörigkeit zu belehren.

Der Vortragende beschäftigte sich in seiner Begründung eingehend mit der jüngst veröffentlichten Produktionsstatistik. Neunere Berechnungen aus dem Jahre 1906 schätzen die landwirtschaftliche Produktion auf brutto 15 Milliarden, netto 8½ Milliarden. Was fast sich die industrielle Produktion seit 1906 verdoppelt haben, gerade allein schon aus der Zunahme der in der Industrie Gewerbetätigen, noch mehr aber aus der Zunahme der Zahl der verdienenden nachweislichen Friedberufe hervor. Diese Zahl sei von 3,4 auf 8,8 Millionen von 1895 bis 1907 gestiegen. Vortragender schätzte das deutsche Volkserwerbvermögen auf 350 Milliarden, in das sich das landwirtschaftliche Vermögen mit 75 Milliarden einordnete. Es komme ja gar nicht darauf an, wer mehr habe, oder wer mehr produziere, sondern darauf, ob die einzelnen Zweige der nationalen Wirtschaft harmonisch nach ihrer Funktion sich in derselben entwickelten. Die Landwirtschaft müsse sich also darüber ausweisen, daß sie im übrigen der inneren Wirtschaft gefolgt sei und weiter folgen könne. Dieser Nachweis sei aber bereits längst erbracht. Dankschöpfung und Verkehrsankommen müßten ihren Zusammenhang mit Industrie und Landwirtschaft erkennen. In je höherer Schichten der Bank-, Finanz- und Handelspolitik nun h'auszufinden, um so stärker trete der Zusammenhang dieser Interessen zutage. Die Gesamtheit dieses Zusammenhangs müsse mehr und mehr bewandert werden. (Beifall.) In zweiter Stelle bedachte der Vortragende die Gegenwart. Der dritte Redner, Dr. Föller, Berlin, Direktor des Reichsanstalts, wertete auf die vielfachen Wechselbeziehungen zwischen den verschiedenen Industriezweigen: Steinbaugeindustrie, Brauerei und Brennereigewerbe, Zuckerfabrikation, Maschinenindustrie. (Weiterer Beifall folgte.)

Deutsches Reich.

* Oberpräsident Freier v. der Recke 7. Wie uns ein Telegramm aus Münster meldet, ist der neue Oberpräsident Freier v. der Recke am Donnerstag nachmittags 4 Uhr gestorben.

* E. Maj. der Kaiser hat am Donnerstag nachmittags eine Audienz im Automobil nach dem Grunewald unternommen.

* Die Beteiligungsziffern der Kalwerksbesitzer. In der Sitzung des Bundesrats am 16. c. wurde die Vorlage betreffend Grundzüge für die Festsetzung der Beteiligungsziffern der Kalwerksbesitzer den zuständigen Ausschüssen überwiesen.

* Die esch-lothringische Verfassungfrage. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung bemerkt zu der in der Kommission des Reichstags über die esch-lothringische Verfassungfrage von dem Staatssekretär Dr. Dabridt abgegebenen Erklärung:

Die Erklärung soll einerseits den von Vertretern verschiedener Parteien wiederholt ausgesprochenen Wünschen nach einer Mittelweg der Stellungnahme der verschiedenen Regierungen Rechnung tragen, andererseits drückt sie aus, daß die Reichs-

leitung nicht gejonnen ist, sich auf diesem für das innere Gefüge des Reichs und das Verhältnis der Bundesregierungen untereinander wichtigen Gebiete die Führung aus der Hand nehmen zu lassen.

* „3. 2“ bei Weibung und die Reichstagsbudgetkommission. In der Reichstagsbudgetkommission gab Oberst Schmieb die geflern auf eine Anfrage einen ausführlichen Bericht über die Unterdrückungen der Verluste des Verlustes des „3. 2“ bei Weibung und stellte fest, daß alle Offiziere ihre volle Schuldtitel getan haben. Auch Graf Zeppelin, der als Sachverständiger gefragt wurde, stellte dieses Zeugnis aus. Die eigentliche Hauptursache des Unglücks war ein pflichtiger, heftiger Windstoß, von dem die Lüneburger Weibung überdeckt wurde. — Reichstagsminister v. Seeligner erklärte, vom Kaiser war die Fahrt nicht befohlen. Die Entscheidung war bei den Anzügen überlassen. Es ist nachzusehen, daß das Luftschiff eine genügende Belastung hatte. Der Führer hatte schon 70 Fahrten gemacht und sollte das Schiff auch im Notfall ausführen. Die Militärverwaltung steht in keinem Gegenfuge zu dem Grafen Zeppelin. Die Untersuchungskommission war ganz neutral und in ihr kein Vorgesetzter der Verletzten. Sie war in keiner Weise beeinflusst worden. Es liegt ein behauerliches Unglück vor, an dem die Schuld irgend einer Personlichkeit nicht beizumessen ist.

* Eine weitere Beschwerte des Professors Bernbard. Eine Beschwerte, die Professor Ludwig Bernbard neuerdings an das Kultusministerium eingereicht hat, bezieht sich in erster Linie auf die Entlassung, die Professor Seering im Landes-Lehrer-Kolloquium am 11. d. Mts. abgab. Weiter richtet sich die Beschwerte gegen das vertrauliche Rundschreiben, das die drei Ordinarien der Staatswissenschaften an auswärtige Professoren verbannt haben.

* Die Wahlprüfungskommission des Abgeordnetenwahlgesetzes erlärte die Wahl des Abgeordneten Krelling (fortschrittliche Partei) Berlin 4 auf Grund eines sozialdemokratischen Wahlprotokolls einstimmig für ungültig.

* Der Zwischenfall von Wilhelmstal. Im englischen Unterhaus erwiderte gestern Sir Edward Grey auf eine Anfrage, es sei kürzlich eine Mitteilung der Unionregierung von Wilhelmstal bezüglich des Zwischenfalls von Wilhelmstal eingegangen, die jetzt mit der Absicht, der deutschen Regierung eine entsprechende Mitteilung zu machen, in Erwägung gezogen werde.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

28. Sitzung vom 16. Februar, 11 Uhr.
Am Ministertisch: v. Schorlemer v. Dallwitz.
Die Ministerat.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung der Anträge der Abg. Wartling (natl.) und Dr. v. Rohna (kons.) betreffend die Wingerat.

Die Kommission empfiehlt, die Anträge in folgender Fassung anzunehmen: Die königliche Staatsregierung aufzufordern, schleunigst Geldmittel zur Unterstützung der Winger in sämtlichen weithin Weinbaugebieten bereitzustellen zur Bekämpfung des Heu- und Saugwurms und, soweit dies sonst erforderlich ist, der pflanzlichen Beschädigung, Pestenzepia usw. Die bewilligte Summe ist an die betroffenen Gemeinden, und zwar an deren Vorstände zur Verwendung unter staatlicher Kontrolle zu überweisen. Bei Verwendung der Summe ist davon auszugehen, daß den betroffenen Gemeinden finanzielle Mittel von 100 Proz. überwiesen werden. Die Hälfte der Summe ist spätestens am 1. März, der Rest am 1. Juni d. J. zu zahlen.

Ein Antrag Arens-Mein-Hilke (kons.) verlangt folgende Fassung: Schleunigst Geldmittel zur Unterstützung der Winger in den betroffenen Weinbaugebieten zur Erhaltung derselben in ihrem Erwerb- und Nutzungszustand und zur Bekämpfung des Heu- und Saugwurms und, soweit dies erforderlich ist, der pflanzlichen Beschädigung, Pestenzepia usw. bereitzustellen. Die bewilligte Summe ist an die betreffenden Kreise zur Verwendung unter staatlicher Kontrolle zu überweisen. Voraussetzung zur Gewährung von Staatsmitteln ist die Gewährung von Mitteln seitens der Provinzial- resp. Kreisverwaltungen mindestens in gleicher Höhe und zum gleichen Zweck.

Beide Redner, Abg. v. Helmberg (kons.) gibt in eingehenden Darlegungen ein Bild der Kommissionenberatung. Der neue Oberpräsident Antrag Arens (kons.) verlor offenbar den Zweck, den Winger auch dann zu helfen, wenn etwa der Antrag der Kommission der Regierung unannehmbar ist.

Abg. Dr. v. Rohna (kons.): Der Antrag der Kommission ist uns schon aus budgetrechtlichen Gründen unannehmbar. Wir sind aber bereit, dem forderbarsten Antrag zuzustimmen.

Landwirtschaftsminister Freier v. der Recke: Die guten Absichten des Kommissionsantrages seien nicht verkannt. Aber ich muß ihn auch heute als „unannehmbar“ bezeichnen. (Zuruf: Weider!) Die Durchführung dieses Beschlusses würde unter Verzichtung des ganzen preussischen Weinbaugebietes etwa 4.300.000 Mark erfordern. Eine solche Staatsausgabe ist gegenüber dem wirklich vorhandenen Volkseinkommen zu hoch. (Hört! hört! und Widerspruch.) Der Kommissionsbeschluss leidet außerdem aber an dem besondern Mangel, daß er eine finanzielle Mitwirkung der Kreise, Gemeinden, Provinzial- und Kommunalverbände nicht vorsieht. Inseiner Hinsicht ist als ausreichend zur Bekämpfung des Winstandes anzuerkennen, und da sie sich nicht auf den gewöhnlichen Moment beschränkt, sondern fortgesetzt wird, dürfen wir hoffen, daß mit dieser Aktion eine Besserung der gegenwärtigen Lage des Wingerstandes zu erreichen sein wird. Unser Verfahren muß aber sein, die Winger in ihrem Stande zu erhalten, damit sie sich auch ferner dem Weinbau widmen. Würden wir den Winger die

